

Gastkommentar

# Ein Denken in Generationen

Der Begriff Nachhaltigkeit entstammt der Haltung, in einem längerfristigen Zeithorizont zu denken und entsprechend vorausschauend zu handeln. Geprägt wurde der Begriff im 18. Jahrhundert von Hans Carl von Carlowitz. Dessen Familie gehörte dem sächsischen Uradel an und war über mehrere Generationen hinweg mit der Forstverwaltung im sächsischen Erzgebirge betraut. Von Carlowitz setzte sich im Besonderen für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ein, da der anhaltend hohe Bedarf an Holz im Bergbau die Sorge um diesen wichtigen Rohstoff und Wirtschaftsfaktor wachsen liess. Mit der Sylvicultura oeconomica verfasste er einen grundlegenden Ordnungsrahmen für eine ressourcenschonende und langfristig ausgerichtete Waldbewirtschaftung, mit der die natürliche Regenerationsfähigkeit des Waldes gesichert werden sollte. Und zwar derart, dass diese Ressource auch für zukünftige Generationen erhalten bleibt. Damit legte von Carlowitz den Grundstein für ein generationenübergreifendes Denken und Handeln in der Forstwirtschaft.

Heute hat sich aus dem Begriff Nachhaltigkeit ein umfassendes Leitbild für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt entwickelt, das insbesondere Unternehmen dazu anhält, den Unternehmenszweck derart auszuüben, dass daraus keine Belastung für Umwelt, Wirtschaft oder Gesellschaft entsteht. Es geht nicht darum – wie vielfach behauptet wird – den maximalen Gewinn zu erzielen. Vielmehr geht es darum, das unternehmerische Vermögen langfristig zu erhalten, es bestmöglich zu investieren, ohne dabei eine schädliche Wirkung für Umwelt oder Gesellschaft zu erzeugen, allfällige Verlustrisiken an eingesetzten Produktionsfaktoren so gering wie möglich zu halten und durch Gewinne die Entwicklung von Unternehmen zu fördern sowie auch das Risiko für das eingesetzte Kapital zu belohnen.

«Die Stiftung ist das geeignete Rechtsinstrument, um nachhaltige Intentionen effektiv umzusetzen.»

**Prinz Michael von und zu Liechtenstein,**  
Executive Chairman von Industrie- und Finanzkontor Etablissement

Jene Unternehmen gewinnen, die ihren Produkt-Mix und ihr Dienstleistungsangebot an überprüfbareren Nachhaltigkeitskriterien ausrichten. Gleichzeitig sind Unternehmen dazu verpflichtet, Sorge zu tragen, dass Unternehmensressourcen wie Mitarbeitende, Lieferanten, Rohstoffe, Energie etc. in verantwortungsvoller und gesellschaftlich tragbarer Weise eingesetzt und besoldet werden. Das oberste Ziel von Nachhaltigkeit ist die langfristige Optimierung eines Unternehmens, aus der alle Beteiligten gleichsam einen Nutzen und Wert ziehen können.

Nachhaltigkeit gehört zur Führungsdisziplin: Die strategische Unternehmensausrichtung beinhaltet eine generationenübergreifende Komponente. Unternehmensentscheidungen sind derart zu treffen, dass sie in einem langfristigen Gleichgewicht von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit,

gesellschaftlicher Erfordernisse und ökologischer Notwendigkeit stehen. Lieferketten eines Unternehmens werden auf ihre langfristige Tragbarkeit überprüft und neu fliesst diese Überprüfung auch in die Berichterstattung ein.

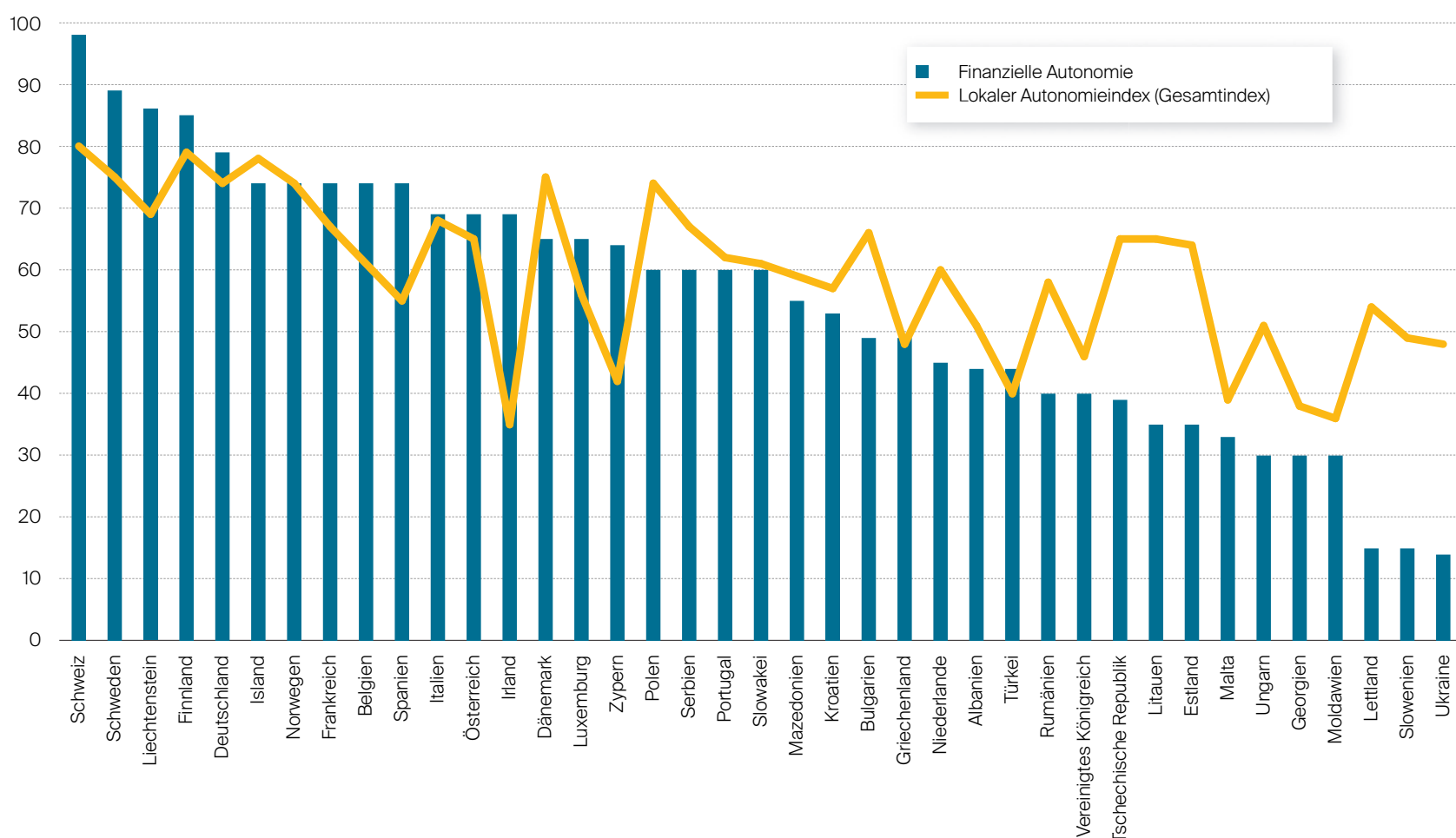
Der Nachhaltigkeitsanspruch stellt unternehmerisches Denken in den Mittelpunkt und bezieht den Anspruch zukünftiger Generationen mit ein. Diesem Prinzip folgt die heimische Treuhandbranche. Die Tätigkeit eines liechtensteinischen Treuhänders spielt sich in vier Bereichen ab: erstens die zukunftsgerichtete Vermögensstrukturierung über Rechtsträger, zweitens die generationenübergreifende Vermögensbetreuung, drittens die langfristig tragfähige Vermögensveranlagung und viertens der zweckkonforme Mitteleinsatz, der sehr langfristig ausgerichtet ist.

Im Mittelpunkt der treuhänderischen Betrachtung steht der Zweck, der mit einem Vermögen erfüllt werden muss und der dem Anspruch kommender Generationen (etwa einer Familie und eines Unternehmens oder deren weiteren Zwecke) gerecht werden muss. Die Stiftung ist dabei das geeignete Rechtsinstrument, mit dem sich nachhaltige Intentionen effektiv umsetzen lassen und das den Ausgleich zwischen ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Nachhaltigkeit schafft. Stiftungen sind vielfach generationenübergreifend aufgesetzt. Genau diese Langfristigkeit setzt Nachhaltigkeit voraus und bedingt ein Denken in Generationen.



**Prinz Michael von und zu Liechtenstein**

## Die Liechtensteiner Gemeinden verfügen über eine grosse finanzielle Autonomie



Quelle: Keuffer, Nicolas (2020); Grafik: Stefan Aebi

Gemeinden benötigen ein gewisses Mass an Autonomie, damit ihre Politik den Ansprüchen und Bedürfnissen ihrer Bürgerinnen und Bürger gerecht werden kann. Ohne Autonomie werden Gemeinden zu reinen Verwaltungseinheiten, die sich auf den Vollzug von Entscheidungen übergeordneter Ebenen beschränken. Die Abbildung illustriert die hohe Autonomie der Gemeinden des Fürstentums Liechtenstein. Diese offenbart sich im Vergleich des

lokalen Demokratieindex («Local Autonomy Index (LAI)») für 39 europäische Staaten (Linie). Insgesamt belegt Liechtenstein Platz neun der untersuchten Länder. Besonders hoch ist die kommunale Autonomie in finanzieller Hinsicht (Balken). Nur die Schweiz und Schweden kommen auf noch höhere Werte. Grosse Autonomie geniessen die Liechtensteiner Gemeinden des Weiteren in juristischer und organisatorischer Hinsicht.



**Philippe Rochat**  
Forschungsbeauftragter  
Politik am Liechtenstein-Institut

Kommentar

## Irre Ideen und eine ganze Reihe von Fragen

An der Klimakonferenz in Glasgow verhandeln diese Woche bis zum 12. November Wissenschaftler und Politiker über die Umsetzung des Pariser Abkommens. Zu diesem haben sich 189 Staaten verpflichtet. Die Schweiz gehört dazu, aber auch das Fürstentum Liechtenstein, das unter anderem durch Umweltministerin Sabine Monauni vertreten wird.

Die Internationale Staatengemeinschaft muss Massnahmen ergreifen, jedes einzelne Land braucht eine klare Strategie und Klimaziele, um der globalen Erwärmung etwas entgegenzusetzen. Nun lassen sich Gesellschaft, Regierungen und Unternehmen derzeit auf der Welt sehr rasch zu ambitionierten Versprechungen und Entscheidungen hinreissen. Doch die damit verbundenen Fragestellungen sind so vielschichtig und verworren, dass sie nicht einfach ausgeblendet werden können.

Ein gutes Beispiel dafür ist Deutschland. Wie die «Zeit» in ihrer aktuellen Ausgabe berichtet, stockt der Ausbau neuer Windkraftanlagen. Zudem soll bald eine Stromquelle versiegen, die noch etwa elf Prozent zur Stromversorgung beiträgt: Deutschland will die restlichen Atommeiler bis Ende 2022 vom Netz nehmen. Eine Lücke entsteht, die angesichts des geplanten Kohleausstiegs noch grösser wird – denn immerhin deckt Kohle noch ein Drittel des Strombedarfs. Die Vorschläge der Politik: Gaskraftwerke errichten. Eine irre Idee!

Eine andere Frage: Gibt es überhaupt genug Strom, wenn es zum grossen Elektroauto-Boom kommt? Vor allem: Reicht dann der Strom aus erneuerbaren Energien aus? Eine Batterie-Ladevorrichtung für den Hausgebrauch braucht bis zu 22 Kilowatt. Doch was heisst das konkret? Das wäre ungefähr so, als würde man 15 Wasserkocher gleichzeitig einschalten oder vielleicht auch mehr. Müssen Netzbetreiber dafür zusätzliche Kabel verlegen und Trafos aufrüsten? Droht der Black-out?

Und weil wir schon einmal dabei sind: Woher sollen künftig die Rohstoffe für die Batterien in den E-Autos kommen, und unter welchen Bedingungen sollen sie aus der Erde geholt werden? Ein weiteres Beispiel: Wasserstoff im Tank macht nur Sinn, wenn er aus erneuerbarer Energie hergestellt wird. Alles kein Problem für die Optimisten unter uns, oder etwa doch?

Die Liste an ungelösten Problem ist lang, das Halbwissen auf diesem Themengebiet ist gross. (Wie funktionieren denn bitte Trafos?) Darf uns das davon abhalten, klare Zielvorgaben zu haben, diese zu überwachen und – wenn nötig – nachzubessern? Meine Antwort auf diese Frage: Ich bin ein Optimist.



**Dorothea Alber**  
dalber@medienhaus.li